

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich einmal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Redaktion: Jerusalemstr. 46/47. Die unerlösten eingekaufte Manuskripte über- nimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und illustriertem Sonntagsblatt Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 26. Februar 1908

Anzeigenpreis für die Zeit 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche... 30

Haupt-Expeditoren

SW. Jerusalemstr. 46/47. Göttingen: S. Brinmann, 41, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Chef-Redakteur: Karl Holtsch, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf Hoffe, Berlin SW.

Das theologische Joch.

Nach ein preussischer Kulturbeitrag.

Im preussischen Landtage hat man vor kurzem darüber gesprochen, wer den Vorzug in den landlichen Schulverhältnissen zu führen habe. Die Unterrichtsverwaltung hat durch ihre Ausführungen zum Schulunterrichtsbericht die Nationalliberalen, die immer mehr erkennen, daß der diesem Gelebe vorangehende Kompromiß nur dazu geeignet ist, sie selbst zu kompromittieren, erhoben Einspruch dagegen.

Die Zahl der Theologen unter den hauptamtlichen Kreisinspektoren ist dort von 1895 bis 1907 von 2 auf 16 gestiegen, und zwar am schnellsten in den letzten Jahren. Dem je betrug im Jahre 1904 erst 6, 1906 aber schon 9, 1907 gar 12 und 1907, wie hervorgehoben, im letzten Quartal des Jahres 1907 wurden im Bezirk Preußen 2 Kreisinspektoren frei, die beider ein Seminarer und ein Biologie lehrer. Beide sind (unter Gollsch) mit ehemaligen Faktoren besetzt worden! Nur in Oberhessen, wo die schwerste Arbeit zu leisten ist, und man sich schon, katholisch-politischen Geistes die Kreisinspektoren zu übertragen, sind Beisitz in diesem Sinne ziemlich selten, aber doch auch noch nicht völlig ausgeschlossen.

Das scheint aber nicht nur in Ostpreußen so zu sein. Zum unter den im Jahre 1906 in Preußen angestellten Seminaroberlehrern waren über 60 Prozent ehemalige Geistliche. Man denke, in welchem Maße unter zukünftigen Volksschülern so gelehrten Seminaren erzogen werden! Die Herkunft der Geistlichen in unserem Volksschulwesen geht aber noch weiter. Die Heranzücker, wenn sie erst Kreisinspektoren oder Seminarlehrer sind, recht bald in die Kreise der Beisitzer, Schulleiter bei den sonstigen Regierungen ein. Ein geistlicher über die Zahl der Theologen unter diesen keine falschen Angaben über sich gibt, liegt in ganz Preußen keine einzige Bezirksregierung, die nicht unter ihren Schulleitern ehemalige Geistliche zählt. Bei der Regierung zu Königsberg zum Beispiel antwortet ein Schulrat, dem sogar der Weg über das Seminarlehreramt erspart blieb, er ist direkt vom nebenamtlichen Kreisinspektoren- und hauptamtlichen Kreisinspektoren in die Stellung eines Regierungsinspektors übergegangen!

Es ist noch zu erinnern, wie die nennendsten durch ihren bekannten Namen zum Gesprächsgegenstand in ganz Deutschland geworden Abteilung für Kirchen- und Schulwesen der Preussischen Regierung vor ungefähr einem Jahre an alle Kreisinspektoren ihres Bezirkes die Frage richtete, wer unter ihnen wohl bereit sei, das Amt des Geistlichen mit dem hauptamtlichen Kreisinspektors zu vertauschen. Als wie viele Mitteilung veröffentlicht, folgte ein verdammtes Benehmen. An unseren Beisitzern über sieht man deutlich, wo oh in die Weise geht! Während alle deutschen Staaten, die etwas auf ihren Ruf als Kulturstaaten geben und darum die Volksschulwesen zeitgemäß ausbauen (Meinungen, Koburg, Baden, Sachsen), die Geistlichen aus ihrem Schulwesen immer mehr ausschalten, wird in Preußen von den nebenamtlichen nur hauptamtlichen geistlichen Schulrat aufgeführt unter „fortgeschritten“.

Wohin man blickt: überall planmäßige Reaktion im Reiche Gottes! Die Zeiten eines Friedrich Wilhelm II. und eines Friedrich Wilhelm IV. sind wieder da! Dabei auch Salow's famose Witz: „Preußen in Deutschland voran!“

Der Kultusetat

Es ist in zweiter Lesung vom preussischen Abgeordnetenhaus angenommen worden. Neben verschiedenen lokalen Wünschen kamen in der gestrigen Debatte auch viele Fragen von allgemeiner Bedeutung zur Sprache. Eine die Wirkung des Reichsetats des Hauses ist es besonders, daß der von dem Abgeordneten Ernst Berggrünbe freigelegte Antrag auf organische Verbindung der Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten abgelehnt wurde. Dem Dreifachsystem an sich natürlich der Gedanke der letzten Verbesserung, der in einer bestimmten Hinsicht zum Ausdruck käme, ist Geuel.

Nach einer Besprechung der Frage der Einführung der Stenographie in den Schulen, wobei festgestellt wurde, daß die Frage des stenographischen Einheitsystems noch sehr

weit im Feilde steht, betonten mehrere Redner die Notwendigkeit der Modernisierung der höheren Schule. Besonders die Abgeordneten Eichhoff und Metzger, die praktische Schulmänner sind, brachten wichtiges Material gegen die untergeordnete Bevorzugung des Gymnasiums gegenüber den übrigen höheren Lehranstalten in Preußen vor. Nachdem das Haus einen Antrag auf Schluß der Debatte angenommen hatte, beantragte der Berliner Abgeordnete Gajtel, der bereits früher des öfteren als fanatischer und einseitiger Anhänger des humanistischen Gymnasiums hervorgetreten ist, daß er verabschiedet sei, den Gegnern des Gymnasiums zu antworten. Da Herr Gajtel am 25. November d. J. gestorben war, wurde sein Antrag wohl kaum etwas Neues an sachlichen Angaben über das höhere Schulwesen vorzubringen haben würde, so bedinglich bei ihm selbst, sonst bei keinem anderen befanden haben.

Seute gelangt der Etat des Ministeriums des Inneren zur Verhandlung.

Dem Staatssekretär Niederding

ist gestern endlich vom Reichstage das Gehalt bewilligt worden. Der Staatssekretär hat lange warten müssen, und er hat manche heilige Rede über sich ergehen lassen müssen. Tatsächlich ist auch niemals so lange beim Etat des Reichsjustizamtes debattiert worden wie bei der diesjährigen Etatsberatung. Jeder wird aber daraus der Chef dieser Behörde, wie aus der bekannten Art seines Auftretens zu schließen ist, nicht die Lehre entnehmen, daß es in seinem Besten am besten besetzt sei, mag auch die Mehrheit des deutschen Volkes und des Deutschen Reichstages anderer Ansicht sei.

Nach dem Beginn der gestrigen Verhandlungen gab es eine kleine Heberholung. Der neuernannte Schatzsekretär Sydow stellte sich dem Hause vor und hat um die übliche Höflichkeit bemüht, um sich in die Probleme, die seiner haren, hineinzuversetzen. Leicht wird die Arbeit des neuen Schatzsekretärs nicht sein.

Aus den Verhandlungen ist zunächst die Rede des Abgeordneten Wären zu erwähnen in der er seine luttam bekannten Ansichten über die Kunst vorbrachte. Man weiß eigentlich nicht recht, was diese Rede bezwecken soll; vielleicht sollte sie nur als Einführung in einen Polemik gegen den Abgeordneten Müller, Meinungen dienen. Die wichtigste und bedeutendste Rede des gestrigen Tages war unstreitig die des nationalliberalen Vertreters für Leipzig Dr. Jund, der in der wirksamsten Weise für die Förderung des Tarifgedankens durch Schaffung eines Tarifvereins und für die Verleihung der Reichsfähigkeit an die Berufsvereine eintrat. Er brachte den Reichstagen vor, daß den reichlichen Worten des nationalliberalen Redners die Taten seiner Partei im Reichstage entsprechen.

Im weiteren Verlauf der Debatte brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Seine nochmals den Fall Stadthagen aus Tadel und behandelte das eigenartige Verhalten der Staatsanwaltschaft gegenüber dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Harward Fisch, den der Staatsanwalt gegenüber seinen Rednungen seinen Schuld vorwarf hatte. Der Staatssekretär meinte, daß hier ein „banalitätes Mißverständnis“ vorliegen müsse. Auch einer sehr deplacierten Rede des konservativen Schatzmachers Reich, der beispielsweise ein noch schärferes Wort gegen die sozialdemokratische Presse verlangte, und nach einer nicht sehr geschickten Rede des Hamburger „Wochenjünglings“ Gedlicher nahm das Haus einen Antrag auf Schluß der Debatte an.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung über die zum Etat des Reichsjustizamtes vorliegenden zahlreichen Reaktionen wurden die meisten von ihnen angenommen. Heute wird die Beratung des Justizetat fortgesetzt.

Eine vergrößerte Reichssubvention.

Seit längerer Zeit schwebten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Norddeutschen Lloyd in Bremen über die Gewährung einer Reichsbeihilfe zur Unterhaltung einer regelmäßigen Postdampferverbindung zwischen dem Schutzgebiet von Neu-Guinea, Australien und Japan an der Ostküste. Die Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gelangt. Ein Schutzgebiet von Neu-Guinea, dessen Ausfuhr zum wesentlichen Teil auf den vorliegenden, vom Norddeutschen Lloyd in Simonshafen geschaffenen Feuersteinrichtungen eine stetige Zunahme aufweist, ist, so heißt es, der lebhafteste Wunsch hervorgetreten, wiederum eine regelmäßige Verbindung mit Singapore zu bestehen. Eine solche Verbindung soll für die Ausfuhr, nämlich Kopal, von großen Neu-Guinea-Gebirgs, nämlich Kopal, von großen Wert sein, sie soll ferner den Bezug von Arbeitskräften sowie die Einfuhr von Gütern aus Singapore und dem Samoa-Archipel ermöglichen. Die Neu-Guinea-Singapore-Linie soll deshalb unter Hingnahme einer Reihe neuer Schiffe wiederum in Betrieb genommen werden. Den Norddeutschen Lloyd soll für die dauernde Verbindung zwischen Sydney, dem Festland von Neu-Guinea, Hongkong und Japan ein weiterer jährlicher Zuschuß gewährt werden, der auf 500.000 Mark zu betragen ist. Mit dieser neuen Linie soll alsdann auch die Insel Jap, der Endpunkt des deutsch-niederländischen Handels, regelmäßig angefahren und hierdurch für eine bessere Verbindung Deutschlands mit seinen sonstigen Beziehungen in der Südsee Sorge getragen werden. Der

Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd soll auf die Dauer des Hauptvertrages, der noch bis zum Jahre 1914 läuft, geschlossen werden. Wegen der Vereinfachung der erforderlichen Geldmittel wird dem Reichstage noch in seiner gegenwärtigen Sitzung eine Vorlage zugehen.

Warum ging der „Orak im Parte“?

Das Disziplinarevergehen gegen den Reichstagsabgeordneten Martin, das von dem „Orak“, Nr. 3, Mitte Juli v. J. angefangen wurde, ist für den 7. Mai d. J., 10 1/2 Uhr vormittags Termin zur Hauptverhandlung vor dem Landgericht Potsdam angesetzt worden. Die Beweisführung und Sachverhalt ist bereits am 25. November d. J. geschlossen worden. Die Sitzung umfaßt vier Punkte, nämlich einen Brief an die „Germania“, der in dieser abgedruckt wurde, zwei Artikel in der „Meinung“, Nr. 3, sowie zwei Besprechungen über den Rücktritt des Grafen Posadowski, die Martin in seiner Erwiderung auf die Besprechung seiner vorgelagerten Disziplinbehörde, sich über seine Beziehungen zu den erwähnten Artikeln zu äußern, getan hat. Nach Rüge der Dinge und insbesondere nach dem Inhalt der Aufklärung wird das Verfahren zu interessanten Erörterungen über die Verantwortlichkeit des Rücktritts des früheren Staatssekretärs des Inneren führen.

Zur Wahlrechtsbewegung.

Aus Preußen sind uns gekommen: Eine gut besetzte öffentliche Volksversammlung fand hier im Kaiserpark statt, in der Herr v. Gerlach auf Grund des liberalen Wahlrechts das Referat übernahm hatte. Die Versammlung des liberalen Wahlvereins zu Prenzlau, um 9 Uhr eröffnet und geleitet. Der Vortragende wies nach, daß und warum das bestehende Wahlrecht das „elendeste aller Wahlrechte“ sei. Die Ausführungen des Redners machten auf alle Anwesenden einen großen Eindruck. Es wurde Herrn v. Gerlach von dem liberalen Preussischen allgemeinen Vertretersverein ausgesprochen und ihm für sein mannhaftes Eintreten für einen unabhängigen Liberalismus die unbedingte Sympathie und der Dank des liberalen Wahlvereins zu Prenzlau überreicht. Eine Resolution, in der verlangt wird, daß der Reichstagsabgeordnete in Preußen einträte, wurde einstimmig angenommen. Am Montag Abend sollte in Potsdam eine von Preussischen Mann einberufenen Wahlrechtsparlamentarier-Versammlung mit Herrn v. Gerlach als Referenten stattfinden. Die Polizeiverwaltung hat die Bekanntmachung dieser Versammlung durch Plakate mit folgendem Wortlaut unterlag:

Die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung.

Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung verhandelte in seiner Sitzung, die am 24. d. M. unter dem Vorsitz des Prinzen Georg zu Schönau-Gerlach im Reichstage stattfand und aus von auswärtigen Vertretern der Gesellschaft besetzt war, an erster Stelle über die Verbringung der eigens für die Verbreitung von Volksbildung in Preußen gegründeten Gesellschaft. Der Vorsitzende legte die Vorzüge im einzelnen dar und sprach seine Freude darüber aus, daß der Konflikt, in einer für die Gesellschaft durchaus annehmbaren Weise beigelegt sei. Nach eingehenden Erörterungen wurde folgende Erklärung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

„Der Zentralausschuß spricht dem Herrn Vorlesenden seinen wärmsten Dank dafür aus, daß er in ebenso würdiger wie nachvollziehbarer Weise die Interessen der Gesellschaft gegenüber der königlichen preussischen Staatsregierung vertreten und eine Verständigung erzielt hat, welche, ohne die Selbstständigkeit der Gesellschaft zu beeinträchtigen, es ihr ermöglicht, ihre große Wirkksamkeit, entsprechend ihren bisherigen freiwilligen, die Gleichberechtigung aller Konfessionen und politischen Richtungen anerkenntenden Grundsätzen, weiterzuführen.“

Bei der Beratung des Etats der Gesellschaft für das Jahr 1908, der in Summe den Ausgabe mit 276.500 Mark abschließt, wurde eine erhebliche Minderbetrachtung der Bibliotheksarbeit und der Vortragseinrichtungen beschlossen. Nach dem Etat sollen unter anderem veranschlagt werden für lokale Bildungsbezirke 24.000 Mark, für Volksbibliotheken 170.000 Mark, für öffentliche Vorträge 16.000 Mark, für die Zeitschrift „Volksbildung“ 19.000 Mark, für Bibliotheken und Projektionsapparate 7000 Mark, aus der Reichs-Einkaufs-Einstellung 8200 Mark und aus der Abgang-Einstellung für die Verbreitung kleiner volksmäßig Schriftchen (wie erhält man sich Geld und erwerbsfähig? Begreifbar ins wirtschaftliche Leben etc.) 3500 M.

Der Mitgliederbestand der Gesellschaft hat zurzeit die Zahl von 10.492 erreicht, darunter 5654 Körperlichkeiten. Die Gesetze des kleinen Ostkaltes um Einrichtung von Bibliotheken lauten und den Mitteilungen des Geschäftsführers niemals so hart wie in den letzten Monaten und Wochen.

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 24. d. M. neue Mitglieder, ausser Körperlichkeiten, beigegeben. In der Vorberathung, die der Sitzung des Zentralausschusses voranging, wurde beschlossen, aus der Reichs-Einstellung die zur Unterhaltung von Volksbibliotheken in unbedeutenden Gemeinden ausbestimmt ist, eine Liste von achtzig Namen besserer Volksliteratur auszusuchen. Die Sitzung, die letzter Abend über ein geringes Ausmaß zu stellen. Der Etat für das Jahr 1908, der in fünf Jahren von 681 Bibliotheken insgesamt 10.491 Bücher abgegeben.

Neben der Märkische Wanderverseer konnte ein äußerst günstiger Bericht erstattet werden. Es ist Aussicht vorhanden, das Unternehmen in nächsten Winterhalbjahre in größerem Umfang weiterzuführen.

Die Verhandlungsgegenstände der diesjährigen Hauptversammlung der Gesellschaft, die am 1. Oktober herum in Potsdam stattfinden, konnte der vorerwähnten Zeit wegen nicht mehr festgelegt werden. Unter anderem sind für die Verhandlungen